



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) grundlegend reformieren – Entwicklungszusammenarbeit wieder an deutschen Interessen ausrichten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die bundeseigene Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Sinne einer Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik grundlegend reformiert und verschlankt wird.

Begründung:

Die GIZ GmbH ist ein Bundesunternehmen mit Hauptsitz in Bonn und Eschborn sowie etwa 90 Standorten weltweit. Sie entstand am 1. Januar 2011 durch die Fusion der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt). Sie unterstützt die Bundesregierung bei der Erreichung ihrer entwicklungspolitischen Ziele auf der Grundlage der Vorgaben, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für die deutsche Entwicklungspolitik formuliert. 2023 beschäftigte die GIZ weltweit 26 534 Mitarbeiter und hatte ein „Geschäftsvolumen“ von rund vier Mrd. Euro.

In der Kritik steht die GIZ vor allem wegen der weit überdurchschnittlichen Einkommen der Mitarbeiter für nur durchschnittlich anspruchsvolle Aufgaben – bei gleichzeitig fragwürdiger Effizienz. In einem Beitrag der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 4. April 2025 sieht ein ehemaliger Projektmanager der GIZ seinen früheren Arbeitgeber „wie ein Reisebüro für Akademikerkinder“. An der Spitze der Institution steht als Vorstandssprecher (Jahresgehalt 2023: rund 240.000 Euro) ein früherer Chef der hessischen SPD, der dreimal an dem Versuch gescheitert war, Ministerpräsident von Hessen zu werden. Die Neue Zürcher Zeitung vom 9. April 2025 fragt: „Wurde da ein abgehalfterter Politiker dank seinen Beziehungen auf einen gut dotierten Versorgungsposten gehoben?“

Den üppigen Bezügen und sonstigen Vergünstigungen der GIZ-Beschäftigten steht offenbar kein sicht- und messbarer Nutzen gegenüber – weder für die Bundesrepublik Deutschland, noch für die Länder, in denen die GIZ entwicklungspolitisch aktiv ist. Ein ehemaliger deutscher Botschafter und langjähriger Afrika-Kenner unterzog in der Berliner Zeitung vom 12. September 2024 das Wirken der Entwicklungspolitik in Afrika im Allgemeinen und jenes der GIZ im Speziellen einer vernichtenden Kritik. Es gäbe nur eine „Wirkungsvermutung“. Er schreibt: „Es ist unfassbar, was GIZ und Mitarbeiter der KfW-Bank über ihre Projekte berichten; es gibt nahezu keine nachhaltigen Verbesserungen für die Menschen vor Ort trotz enormer Geldbeträge, die investiert werden – in was oder wen auch immer. Das Schlimmste aber: Innerhalb der GIZ beziehungsweise KfW ist jegliche konstruktive Kritik an den Projekten tabu. Wer Kritik oder Nachfrage wagt, wird entlassen und erhält nie wieder eine Beschäftigung bei der GIZ oder KfW. Deshalb halten die meisten still.“

In Zeiten knapper Kassen und gigantischer Schuldenpakete ist es unabdingbar, Struktur und Wirken von Mega-Unternehmen wie der GIZ besonders genau auf den Prüfstand zu stellen und dabei insbesondere Potenziale für Einsparungen festzustellen und den Nutzen der Arbeit konsequent und transparent zu evaluieren. Dabei ist streng darauf zu achten, dass die Geschäftspolitik der GIZ die Interessen Deutschlands als Geberland im Blick hat. Eine grundlegende Reform der GIZ ist das Gebot der Stunde.